

STU **TIGART**

**Kommunale
Gesundheitskonferenz
Stuttgart**



Impressum

Sachgebiet „Strategische Gesundheitsförderung“ im Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart

Federführung:
Heinz-Peter Ohm

Mitwirkung:
Susanne Keefer
Jodok Erb

Stand: 04.06.2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	2
1 Vorwort	4
2 Inhaltsverzeichnis	3
3 Hintergründe und Zielsetzungen der kommunalen Gesundheitskonferenzen	5
4 Die kommunale Gesundheitskonferenz in der Landeshauptstadt Stuttgart	7
4.1 Strukturelle Gestaltung der kommunalen Gesundheitskonferenz	9
4.1.1 Die Gesundheitskonferenz	11
4.1.2 Beirat der Stuttgarter Gesundheitskonferenz	12
4.1.3 Gesundheitsamt mit Steuerungsgruppe und Geschäftsstelle der Stuttgarter Gesundheitskonferenz	13
4.1.4 Arbeitsgruppen und Netzwerke	16
4.2 Öffentlichkeitsarbeit	17
4.3 Finanzierung	18
4.4 Vernetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz mit der Landesebene	18
4.5 Gesundheitskonferenzen auf Stadtteilebene	18
5 Quellenangaben, Literaturhinweise	19
Anhang Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung	20

1 Vorwort

Stuttgart – auf dem Weg zu einer gesunden Stadt

Gesundheit wird von vielen als das wichtigste Gut angesehen – dies ist nicht nur die Meinung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner, sondern es ist auch Thema in Betrieben, Verwaltungen, Vereinen und anderen Institutionen in der Stadt. Deshalb ist Stuttgart seit 1998 Mitglied im Deutschen Gesunde Städte Netzwerk und dort Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendgesundheit. Außerdem ist das Klinikum Stuttgart Mitglied im Netzwerk gesundheitsfördernder Krankenhäuser.

Doch damit allein ist es nicht getan. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht nur das Gesundheitswesen, sondern **alle** Lebensbereiche und damit die **ganze** Stadt betreffen. Vor allem chronische Erkrankungen wie z. B. Diabetes oder Herz-Kreislaufkrankungen sind hier von großer Bedeutung. Da sie oft mit unserer Lebensweise zusammenhängen, haben wir Einflussmöglichkeiten auf die Entstehung und Behandlung dieser Erkrankungen. Außerdem wird uns der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf Gesundheit und Krankheit vor große Aufgaben stellen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, also das gesunde Aufwachsen, nach wie vor ein zentrales und nachhaltig wirksames Anliegen in der Stadt bleiben muss.

Mit der Einrichtung der Stuttgarter Gesundheitskonferenz tragen wir diesen Entwicklungen Rechnung. Wir brauchen ein zuverlässiges Planungsinstrument, das zum einen möglichst viele Institutionen und Einrichtungen befähigt und motiviert, sich mit gesundheitlichen Fragestellungen zu beschäftigen und sich zu engagieren. Zum anderen brauchen wir diese Konferenzen, um auf der Basis gesicherter Daten und Fakten sowie Experten- und Betroffenenmeinungen Entscheidungen zur besseren Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sowie für Projekte und Maßnahmen treffen zu können. Die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg sieht die Einrichtung von Gesundheitskonferenzen vor und bietet uns hierfür den geeigneten Rahmen.

Aufbauend auf dem Leitziel der Weltgesundheitsorganisation „health in all policies“ wünsche ich mir eine breite Beteiligung von vielen Expertinnen und Experten sowie interessierten und betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern bei der zukünftigen Gesundheitskonferenz. Ich freue mich auf notwendige und interessante Diskussionen, innovative Ideen und gute Ergebnisse. Auf dieser Basis können wir gemeinsam gute Voraussetzungen schaffen, um gesund aufzuwachsen und auch gesund älter zu werden.

Ihre Isabel Fezer

2 Hintergründe und Zielsetzungen der kommunalen Gesundheitskonferenzen

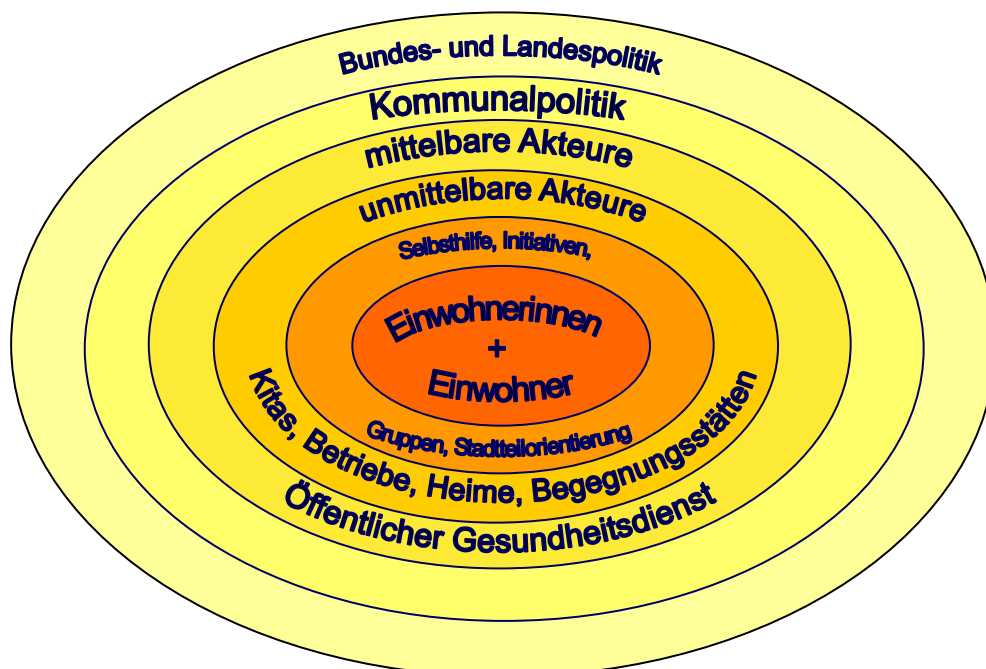
Gesundheit bekommt nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung eine immer größere Bedeutung für die Lebensqualität und Prosperität in einem Gemeinwesen. Auch die kommunale Daseinsvorsorge wird sich künftig verstärkt mit Gesundheit, mit gesundheitsförderlichen Lebensbedingungen und gesunden Verhaltensweisen befassen müssen. Die Stadt- und Landkreise sind hierbei die Handlungsträger mit ausdrücklicher Gemeinwohlverpflichtung.

Die Gesundheitsstrategie des Landes Baden-Württemberg ist ein ganzheitlicher und auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Ansatz zur Etablierung von Gesundheitsförderung und Prävention als vierte Säule des Gesundheitssystems. Sie arbeitet die Wichtigkeit von Gesundheit für die Lebensqualität der Bevölkerung genauso heraus wie die Bedeutung von Gesundheit als Standort- und Wirtschaftsfaktor.

Mit der Etablierung der „Kommunalen Gesundheitskonferenz“ in den Stadt- und Landkreisen wird der kommunale Raum als der Ort, an dem Gesundheit „stattfindet“, gestärkt. Die Verantwortung, aber auch die Möglichkeiten des Einzelnen für den Erhalt seiner Gesundheit nehmen ebenfalls immer mehr an Bedeutung zu. Die Gesundheitsstrategie des Landes trägt dieser Gesamtentwicklung zunehmender politischer und individueller Verantwortung Rechnung.

Die Gesundheit der Menschen hat einen großen Anteil an der Gesamtentwicklung des örtlichen Gemeinwesens und wird mittlerweile neben der Bildung zu den wichtigsten Standort- und Wirtschaftsfaktoren gerechnet. Um sie auf einem möglichst hohen Niveau zu erhalten, müssen eine Reihe von Entwicklungen in den Bereichen der Gesundheitsförderung und Prävention angestoßen werden.

Die Gesundheitsstrategie des Landes Baden-Württemberg bietet hierfür Rahmenbedingungen, um auf kommunaler Ebene auf dem Bestehenden aufzubauen und die Zusammenarbeit der Akteure zu intensivieren. Hierbei wird die kommunale Gesundheitskonferenz als Kommunikations- und Koordinationsplattform eingerichtet, die alle wichtigen Institutionen aus dem Gesundheits-, Sozial- oder Jugendbereich und andere Institutionen vernetzt und in allen Lebensbereichen die Gesundheitsförderung und Prävention stärker in den Blick nimmt.



Die Kommunen, Stadt- und Landkreise sind dafür verantwortlich, gesunde Lebenswelten zu schaffen und zu gestalten. Hier sind gesundheitsfördernde Bedingungen aufzugreifen und zu bündeln, zu planen und zu installieren.

Unter kommunaler Gesundheitsplanung werden die Planungsprozesse verstanden, die die Erhaltung und Schaffung gesunder Lebenswelten zum Ziel haben. Ein Instrument zur Gesundheitsplanung ist die Gesundheitskonferenz. Unter Einbeziehung aller relevanten Akteure wird gemeinsam über Stärken und Schwächen in der Kommune verhandelt und ein notwendiger Bedarf festgestellt. Die in der Gesundheitskonferenz erarbeiteten Ziele und Handlungsempfehlungen bilden, in Abstimmung mit den politischen Gremien der Kommune, die Basis für Strategien, Maßnahmen und Aktivitäten zur Gesundheitsförderung.

Generelle Ziele des Landes Baden-Württemberg

- Leitziel der Gesundheitsstrategie ist die Etablierung der Gesundheitskonferenz des Landes Baden-Württemberg auf kommunaler Ebene.
- Sie zielt darauf ab, die Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenswelten (Setting-Ansatz) im Land zu fördern und damit auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu sichern.
- Gesundheitsförderung und Prävention sollen als vierte Säule im Gesundheitswesen neben Behandlung, Rehabilitation und Pflege etabliert werden.
- Die Prävention chronischer Erkrankungen nimmt eine zentrale Rolle ein.
- Von großer Bedeutung ist die Verringerung gesundheitlicher Benachteiligungen.

Konkrete Ziele des Landes Baden-Württemberg

- Diabetes-mellitus-Typ-2-Risiko senken und die Folgen reduzieren
- Gesund aufwachsen
- Depressive Erkrankungen und Folgen der Chronifizierung vermindern
- Gesund und aktiv älter werden
- Reduzierung des Konsums legaler Suchtmittel
- Brustkrebs früher erkennen und bekämpfen
- Gesundheitliche Kompetenz erhöhen, Patient(innen)souveränität stärken
- Gesundheit von Arbeitslosen fördern.

3 Die kommunale Gesundheitskonferenz in der Landeshauptstadt Stuttgart

Mit der Einführung der Stuttgarter Gesundheitskonferenz soll erreicht werden, dass die zu bearbeitenden Themen in der Gesundheitsförderung und Prävention auf der Basis fundierter Erkenntnisse nach regionalen und überregionalen Daten, Faktenwissen, Expertenaussagen sowie Meinungen von Einwohnerinnen und Einwohnern analysiert und bearbeitet werden.

Nach dem Public Health Action Cycle PDCA:

Plan: Analyse und Bestandserhebung, Priorisierung, Zielformulierung und Strategieentwicklung

Do: Maßnahmenumsetzung

Check: Evaluation und Überprüfung

Act: Anpassung der Maßnahmen und Überführung in die Routine.



aus: www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de

Die Stuttgarter Gesundheitskonferenz orientiert sich explizit an den für Stuttgart festgestellten Verhältnissen. Ziel ist es, eine Struktur für eine Gesundheitskonferenz zu schaffen, die auf den Ebenen der Politik, der Verwaltung, der externen Institutionen, bei Fachleuten sowie bei Einwohnerinnen und Einwohnern für geeignet erachtet wird, damit u. a. nachhaltige Wirkungen zu den Handlungsfeldern der Gesundheitsförderung und Prävention erreicht werden können. Dabei sind folgende Punkte von zentraler Bedeutung:

1. Das wichtigste Gremium in der Stadt ist der Gemeinderat, der sich traditionell sehr intensiv mit den Themen der Gesundheitsförderung/Prävention und der Gesundheitsversorgung befasst. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) ist hierfür das zentrale Gremium. Im Sinne der Strategie der Weltgesundheitsorganisation WHO „health in all policies“ (Ottawa Charta) werden auch andere Ausschüsse des Gemeinderates themenspezifisch in die Gesundheitskonferenz mit einbezogen.
2. In Stuttgart gibt es eine große Themenvielfalt sowie eine große Menge an Anbietern und Angeboten zur Gesundheitsförderung und Prävention in unterschiedlichsten Formen und Qualitäten. Diese haben grundsätzlich alle ihre Bedeutung und Wichtigkeit für die Gesundheit der Bevölkerung. Die Gesundheitskonferenz wird sich nicht mit allen Facetten, sondern nur mit zentralen und begründet wichtigen Fragestellungen und Bedarfen beschäftigen können. Dazu werden bereits bestehende Maßnahmen und Netzwerke in die Struktur der Gesundheitskonferenz eingebunden, sofern dies sinnvoll ist.
3. In Stuttgart sollen in der Gesundheitskonferenz vorrangig die Themen der Gesundheitsförderung und Prävention behandelt werden. Hier liegen deutliche Chancen der nachhaltigen Verbesserung des Gesundheitsstatus der Bevölkerung. Dies wird erreicht durch Leitung und Planung mit dem Ziel der Motivation von Institutionen, sich dieser Themen anzunehmen.

Behandelt werden sollen auch Themen der Gesundheitsversorgung, da es immer wieder Schnittstellen zu den Bereichen der Sozial-, Jugend- und Altenhilfe geben

kann, z. B. im Bereich der Menschen mit Migrationshintergrund, bei Personen ohne Krankenversicherung oder bei psychisch Kranken.

4. Gesundheitsförderung betrifft viele Handlungsfelder und ist ein klassisches Querschnittsthema. Um eine hohe Nachhaltigkeit und Wirksamkeit zu erreichen, sollen in der Gesundheitskonferenz nicht nur die klassischen Gesundheitsinstitutionen wie Ärzteschaft oder Krankenkassen eingebunden werden, sondern darüber hinaus (themenbezogen) auch Träger und Institutionen, die in den Lebenswelten eine tragende Rolle spielen, wie z. B. Jugendamt, Sozialamt oder Träger der freien Wohlfahrtspflege, um sie zu einer stärkeren Verantwortungsübernahme und zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu motivieren und langfristig zu gewinnen. Aber auch einzelne Stuttgarterinnen und Stuttgarter sollen ihre Sichtweise einbringen können, um ein vollständiges und organisationsunabhängiges Bild von Bedarfen zu erhalten. In diesem Zusammenhang tritt die Notwendigkeit einer stärkeren Verzahnung gesundheitsfördernder Angebote im Altersverlauf verstärkt in den Blickpunkt, so genannte Gesundheitsförderungs- und Präventionsketten. In einem stärkeren Zusammenwirken, bereichs- und zuständigkeitsübergreifend, liegt der eigentliche Gewinn der Gesundheitskonferenz.
5. Nach der Einführung des Instruments der Gesundheitskonferenz geht es darum, die Institutionen bei der Umsetzung von Maßnahmen zu unterstützen. Um Nachhaltigkeit zu erzielen, sind Fortbildungen, Beratung oder auch zeitweilige Prozessbegleitung notwendig. Dies fördert die Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit der Beschlüsse der Gesundheitskonferenz. Eine adäquate Beratung, Unterstützung und Qualitätssicherung zu gewährleisten, ist Aufgabe des Gesundheitsamtes.
6. Von Beginn an müssen Verfahren zur Evaluation und Dokumentation für die Maßnahmen und Projekten mitentwickelt werden. Bezogen auf die Wirkungen der Maßnahmen ist es sinnvoll, gemeinsam mit den jeweiligen Institutionen ein Berichtswesen mit geeigneten Beurteilungskriterien zu entwickeln. Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Gesundheitsamtes nimmt hier eine wichtige Rolle ein und kann für die Institutionen unterstützend tätig sein.
7. Gesundheitskonferenzen fußen auf den inhaltlichen und qualitativen Entwicklungen und Standards in der Gesundheitsförderung. Dazu gehören unter anderem:
 - Anerkennung zentraler Konzepte und Empfehlungen wie die Ottawa Charta der Weltgesundheitsorganisation WHO, die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg, die fachlichen Leitlinien des Landesgesundheitsamtes in der Arbeit der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsberichterstattung, die Leitbegriffe der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA u. a. m. (siehe hierzu die Quellenangaben, Literaturhinweise sowie den Anhang).
 - Förderung von settingorientierten Maßnahmen und Projekten als zurzeit wirkungsvollster Ansatz in der Gesundheitsförderung.
 - Aufbau und Festigung von Netzwerken, um Gesundheitsförderung als Querschnittsthema zu leben und stärkere Wirkungen zu erzielen sowie den Transfer zu fördern.
 - Partizipation und Empowerment als zentrale Elemente, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

Generelle Zielsetzungen der Gesundheitskonferenz in der Landeshauptstadt Stuttgart:

- Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Gesundheitsförderung und Prävention soll allgemein geschaffen und gezielt vertieft werden.
- Bei steigender Lebenserwartung soll es möglich werden, durch gesundheitsförderliche Maßnahmen die Zahl beschwerdefreier Jahre zu erhöhen (Kompression der Krankheitszeiten am Lebensende).
- Entkoppelung von sozioökonomischem Status und Gesundheit (Armut und Gesundheit).
- Schaffung gesundheitlicher Chancengleichheit und Teilhabe für alle Einwohnerinnen und Einwohner in Stuttgart, unabhängig von Alter, Geschlecht, Muttersprache, Nationalität und Migrationshintergrund, Einkommen, Bildungsstand, Behinderung oder anderen soziodemografischen Variablen.
- Förderung von Gesundheit, d. h. Bedarfs- und Handlungsansätze vor der Vermeidung von Krankheiten (salutogenetischer Ansatz).

3.1 Strukturelle Gestaltung der kommunalen Gesundheitskonferenz

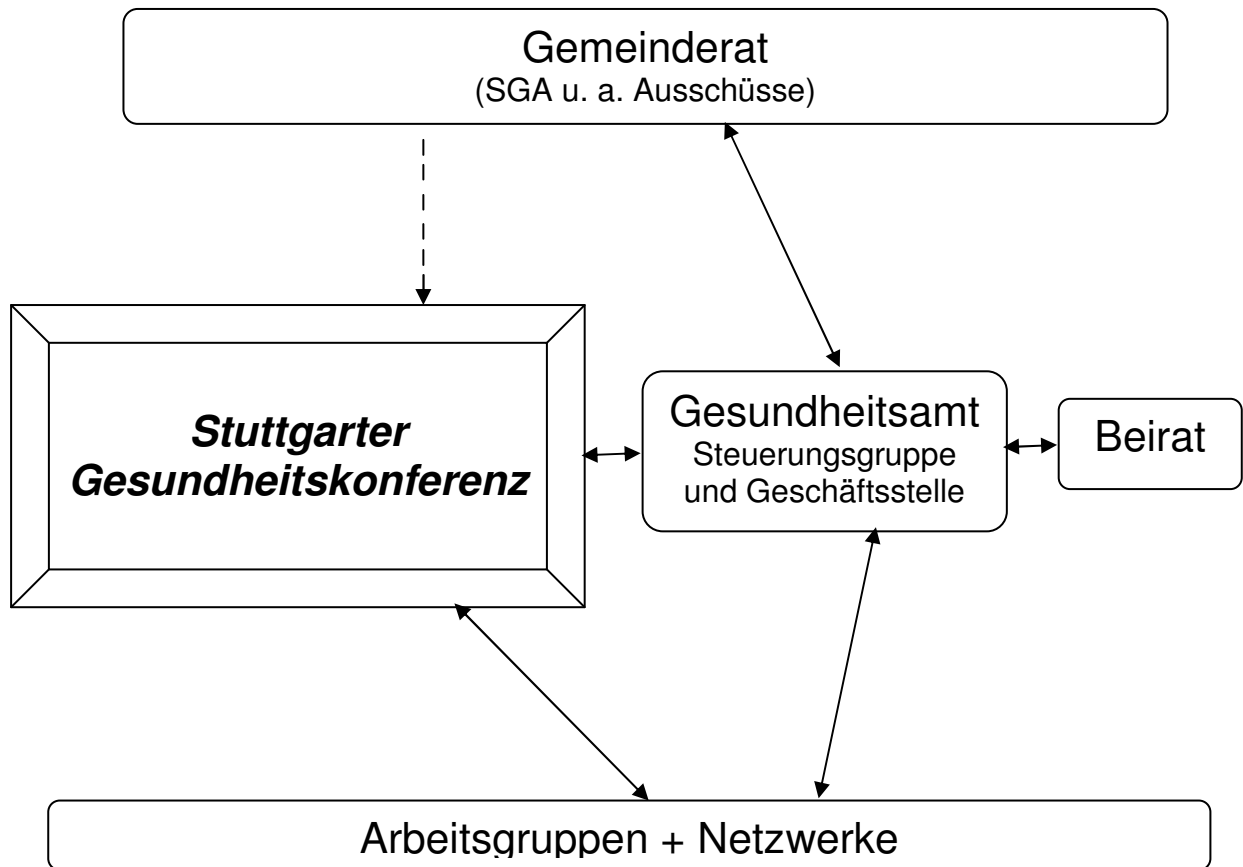
Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) des Gemeinderates entscheidet über die Einrichtung einer Gesundheitskonferenz und deren Struktur. Mit der Gesundheitskonferenz erhält der Gemeinderat ein zusätzliches Instrument, das ihm fachlich fundierte, auf alle Lebensbereiche bezogene Informationen und auf breiter Basis abgestimmte Maßnahmen, Projekte und Handlungsempfehlungen liefert. Auf dieser Basis kann der Gemeinderat die Ergebnisse der Konferenz in eigenen Entscheidungen mit berücksichtigen.

Die Federführung, Planung und Durchführung der Gesundheitskonferenz übernimmt das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart als „neutrale“ Institution ohne kommerzielle Interessen in diesem Feld. Zur Umsetzung wurde hierfür ein neues Sachgebiet „Strategische Gesundheitsförderung“ in der Abteilung „Gesundheits- und Sozialplanung, Förderung von Trägern“ geschaffen, in dem die Gesundheitsberichterstattung, die Suchtprophylaxe und die Gesundheitsförderung des Gesundheitsamtes zusammengeführt und mit den Schwerpunkten der Planung und Steuerung strategisch neu ausgerichtet wurden.

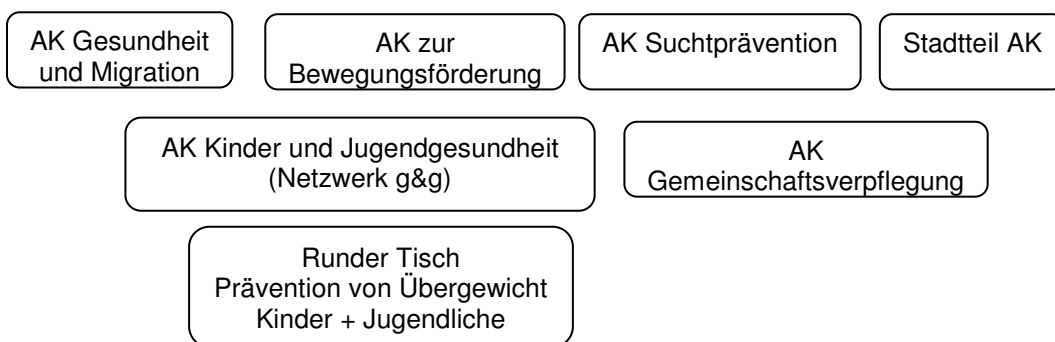
Die Struktur der Stuttgarter Gesundheitskonferenz hat folgenden Aufbau und folgende Gremien:

1. Die Gesundheitskonferenz
2. Der Beirat der Gesundheitskonferenz
3. Die Geschäftsstelle und Steuerungsgruppe der Gesundheitskonferenz im Gesundheitsamt
4. Arbeitsgruppen und Netzwerke

Aufbau der Stuttgarter Gesundheitskonferenz



Beispiele:



Die genannten Arbeitskreise etc. sind beispielhaft aufgeführt. Eine genaue Klärung steht noch aus. Es können auch noch weitere Arbeitskreise hinzukommen. Bestehende Arbeitskreise können eventuell entfallen.

3.1.1 Die Gesundheitskonferenz

Die Gesundheitskonferenz im engeren Sinne ist eine zentrale Veranstaltung mit dem Charakter einer „Fachtagung“. Hier werden zu (Schwerpunkt-)Themen aktuelle Informationen, wissenschaftliche Erkenntnisse, Ergebnisse der Gesundheitsberichterstattung (GBE), Meinungen von Fachleuten sowie Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus den eingesetzten Arbeitsgruppen behandelt. Aus der Gesundheitskonferenz heraus können Vorschläge für neue Themen und Vorschläge für die Einsetzung neuer Arbeitsgruppen und Netzwerke vorgeschlagen werden, die anschließend von der Steuerungsgruppe weiter verfolgt und entschieden werden.

Sitzungsleitung

Den Vorsitz der Gesundheitskonferenz hat das Referat Soziales, Jugend und Gesundheit (mit dem Mandat der dauerhaften Vertretung des Oberbürgermeisters). Die/der Vorsitzende leitet und moderiert die Sitzungen der Gesundheitskonferenz.

Sitzungshäufigkeit und Ort

Die Sitzungen der Gesundheitskonferenz sollen einmal pro Jahr, in der Regel im Rathaus, stattfinden.

Teilnehmende

Die Gesundheitskonferenz setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Institutionen und Einrichtungen aus der Gesundheitsförderung und Prävention, der gesundheitlichen Versorgung, der Selbsthilfe und des Patientenschutzes. Diese Einrichtungen werden immer beteiligt.

Hinzu kommen Institutionen und Einrichtungen, die mit den jeweiligen zu bearbeitenden Themen große Schnittmengen haben sowie themenspezifisch Expertinnen und Experten aus Hochschulen, Forschungsinstituten u. a. Einrichtungen. Die Gesundheitskonferenz richtet sich an Fachleute. Es können auch engagierte und interessierte Einwohnerinnen und Einwohner an dieser Konferenz beteiligt werden.

Mögliche beteiligte Institutionen sind:

Vertreter der Sozialversicherungsträger, Krankenkassen (z. B. AOK, BKK, LKK, IKK, Ersatzkassen/Vdak, Knappschaft), Berufsgenossenschaften, Deutsche Rentenversicherung, Vertreter der Selbsthilfe KISS, weitere Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Prävention (z. B. Pro Familia, Gesundheitsladen), Ärzteschaft Stuttgart, Bildungseinrichtungen (z. B. Volkshochschule, Familienbildungsstätte...), städtische Ämter (Jugendamt, Sozialamt, Amt für Umweltschutz, Stadtplanungsamt, Schulverwaltungsamt, Amt für Sport und Bewegung) sowie einzelne Bereiche der Stadtverwaltung (Wirtschaftsförderung, Abteilung Integration, Kinderbeauftragte), Landesgesundheitsamt, Staatliches Schulamt, Sportkreis Stuttgart, Gesamtelternbeirat, Verband der Krankenhäuser, Stadtseniorenrat, Liga der freien Wohlfahrtspflege, Fraktionen des Gemeinderates, Patientenvertreter/Patientenfürsprecher, Stiftungen, Hochschulen, Apothekerkammer, Soziale Stadtgebiete, Wirtschaftsvertretungen (z. B. IHK) und Unternehmen.

Sitzungsablauf

Für den Sitzungsablauf wird folgende Struktur festgelegt:

1. Jede Gesundheitskonferenz behandelt ein ausgewähltes Thema, das in der Regel vom Steuerungsgremium festgelegt und von der Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz inhaltlich vorbereitet wird.
2. Die Bearbeitung der Themen in der Konferenz oder in den Arbeitsgruppen umfasst die Erarbeitung von Zielsetzungen, Strategien, Handlungsempfehlungen und die Entwicklung von Projekten. Ist eine abschließende Bearbeitung im Rahmen der Konferenz nicht möglich, wird hierzu in Arbeitsgruppen und Netzwerken weiter gearbeitet. Die beteiligten Institutionen einigen sich möglichst im Konsens auf die Ergebnisse.
3. Die Sitzungen sind öffentlich.

Vorbereitung der Gesundheitskonferenzen

Die Vorbereitung der Schwerpunktthemen der Gesundheitskonferenzen ist Aufgabe des Steuerungsgremiums.

Selbstverpflichtung

Die Teilnehmer der Gesundheitskonferenz sind für die zeitnahe Weiterleitung der Ergebnisse der Konferenz und die Kommunikation dieser Ergebnisse in ihren Einrichtungen verantwortlich. Sie unterstützen die Gesundheitskonferenz nach ihren Möglichkeiten und bringen ihr Expertenwissen und ggf. vorhandenes Datenmaterial ein. Eine Verbindlichkeit der Entscheidungen soll dadurch erreicht werden, dass die Handlungsempfehlungen der Gesundheitskonferenz von den Mitgliedern und ihren Organisationen/Einrichtungen als selbstverpflichtend angesehen und umgesetzt werden.

3.1.2 Beirat der Stuttgarter Gesundheitskonferenz

Zur Beratung, Reflexion und Weiterentwicklung der Stuttgarter Gesundheitskonferenzen wird ein Beirat einberufen. In diesem Beirat werden Personen und Institutionen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vertreten sein. Diese Personen sollen einen kritischen und konstruktiven Blick auf die gesundheitliche Situation der Stuttgarter Einwohnerinnen und Einwohner haben und die Steuergruppe der Gesundheitskonferenz strategisch unterstützen, z. B. durch Hinweise auf Stolpersteine oder durch Vorschläge zur Überwindung von Hindernissen.

Der Beirat wird ca. zweimal jährlich tagen und sich u. a. mit Fragen zur Themenwahl, Zusammensetzung der Gesundheitskonferenzen sowie mit einer Bewertung der erzielten Ergebnisse beschäftigen.

Der Beirat hat keine Entscheidungsbefugnis.

Die Leitung des Beirates übernimmt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister des Referates Soziales, Jugend und Gesundheit.

Eine genaue Zusammensetzung und eine Geschäftsordnung hierfür muss noch erarbeitet werden. Mitglied im Beirat könnten sein: Sozialamt, Jugendamt, Krankenkassen, Kontakt- und Informationsstelle der Selbsthilfegruppen KISS, Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, Patientenvertretung, Behindertenbeauftragte/r, Abteilung Integration, Volkshochschule Stutt-

gart, Wirtschaftsförderung, Sportamt, Verband der Krankenhäuser, Wissenschaft, Initiativenvertretung (z. B. Pro Familia oder Gesundheitsladen e. V.), Ärzteschaft Stuttgart, Stadtplanungsamt.

3.1.3 Gesundheitsamt Stuttgart mit Steuerungsgruppe und Geschäftsstelle der Stuttgarter Gesundheitskonferenz

Steuerungsgruppe der Gesundheitskonferenz

Ein zentrales Element im Rahmen der Stuttgarter Gesundheitskonferenz ist die sogenannte Steuerungsgruppe. Ihre Aufgaben sind:

- Die Inhalte und Durchführung der Gesundheitskonferenz vorzubereiten und zu beschließen
- die einzuladenden Teilnehmer der Gesundheitskonferenz festzulegen
- neue Arbeitsgruppen und Projekte (und deren Beendigung) zu beschließen
- neue Schwerpunktthemen und den Abschluss von Themen zu beschließen.

Die Arbeitsweise der Steuerungsgruppe und ihre zu treffenden Entscheidungen sind so ausgerichtet, dass sie die Empfehlungen des Beirates sowie die Hinweise aus den Gesundheitskonferenzen, aus dem Gemeinderat, aus den Arbeitsgruppen und Netzwerken sowie die Hinweise von Einwohnerinnen und Einwohnern weitestgehend zu berücksichtigen hat.

Aus dem Gesundheitsamt nehmen die Amtsleitung, die Abteilungsleitungen der Fachabteilungen 53-2, 53-3 und 53-4, die Gesundheitsberichterstattung und die Sozialplanung für strategische Gesundheitsförderung teil.

Die Sitzungshäufigkeit soll sich nach dem Bedarf richten (ca. drei-bis viermal im Jahr). Details werden in einer noch auszuarbeitenden Geschäftsordnung geregelt.

Organisation und Aufgaben der Geschäftsstelle

Die Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und in der Regel auch der Arbeitsgruppen/Netzwerke obliegt dem Sachgebiet „Strategische Gesundheitsförderung“ im Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart in Form der Führung einer Geschäftsstelle als eigenständige Aufgabe.

Die sogenannte Geschäftsstelle ist nach außen die „Anlaufstelle“ für alle Fragen rund um die Gesundheitskonferenz. Es gibt eine Ansprechpartnerin/einen Ansprechpartner mit einer öffentlich sichtbaren Telefonnummer und E-Mail-Adresse.

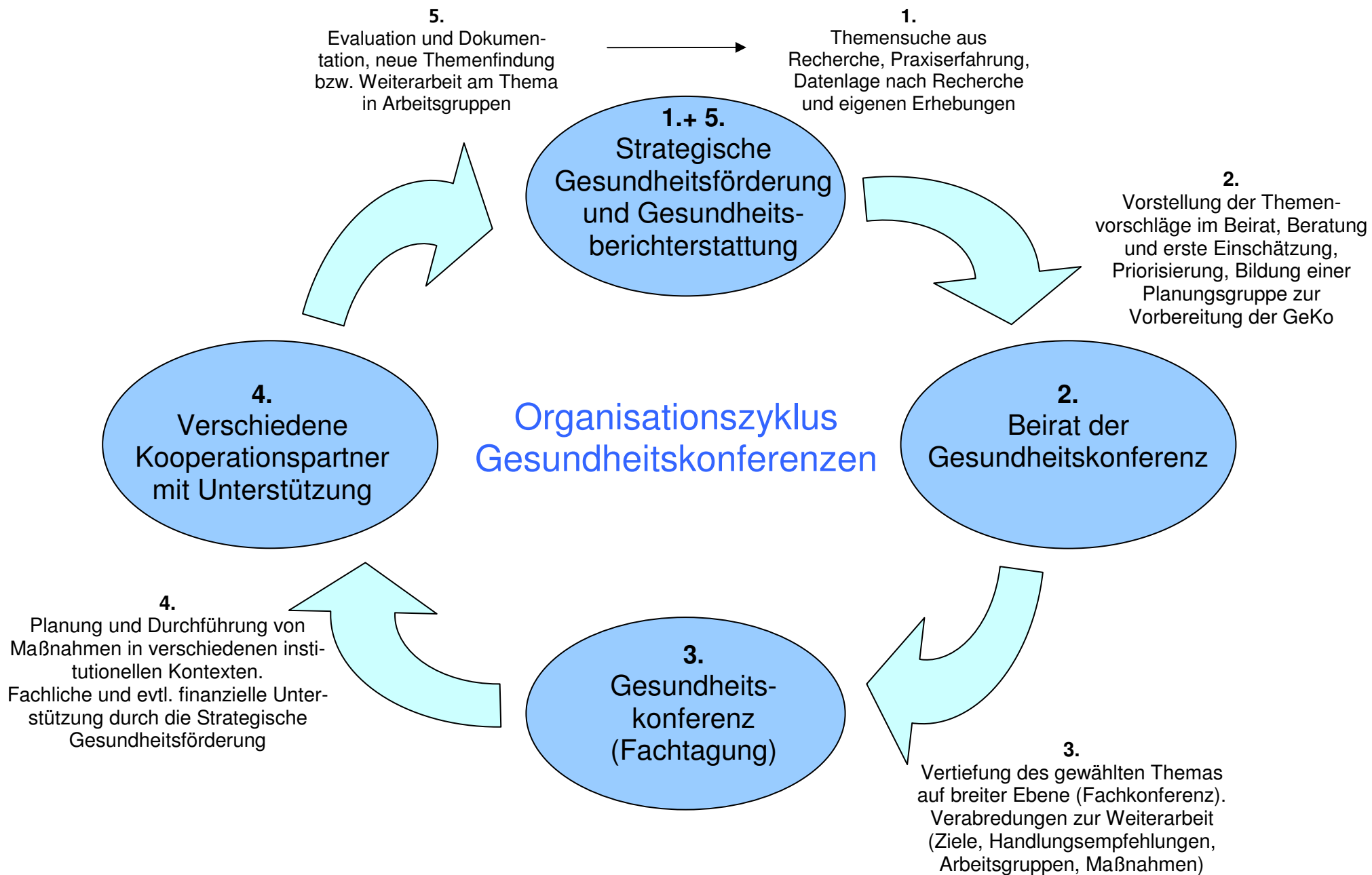
Die Geschäftsstelle ist Koordinierungsstelle zwischen der Gesundheitskonferenz und den verschiedenen Arbeitsgruppen und Netzwerken. Sie nimmt Planungs-, Netzwerk- und Umsetzungsaufgaben wahr. Sie übernimmt die Organisation, Vor- und Nachbereitungen der Sitzungen der Gesundheitskonferenz, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Beirates und der Steuergruppe sowie die Organisation und inhaltliche Begleitung der Arbeitsgruppen und Netzwerke, sofern dies notwendig ist. Sollte die Leitung und Organisation von Arbeitsgruppen und Netzwerken an andere Organisationen delegiert sein, hält die Geschäftsstelle den Kontakt zu diesen Gruppen.

Zentrale Arbeitsgrundlagen der Gesundheitskonferenz sind Gesundheitsberichte, Analysen sowie die Evaluation von Maßnahmen und Projekten. Dies wird durch die Gesundheitsberichterstattung des Gesundheitsamtes und die Sozialplanung für strategische Gesundheitsförderung geleistet.

Das Gesundheitsamt unterstützt außerdem durch fachliche Beratung und Begleitung die Institutionen bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Gesundheitskonferenz. Dies kann unter Umständen auch durch eine längerfristige Prozessbegleitung erfolgen (Arbeit in Settings).

Weitere personelle Ressourcen des Gesundheitsamtes zur Gesundheitskonferenz

Weiterhin beteiligt sich das Gesundheitsamt über die fachspezifische Teilnahme an Arbeitsgruppen und Netzwerken an Themen der Gesundheitskonferenz, z. B. durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit.



3.1.4 Arbeitsgruppen und Netzwerke

Zur Ermittlung des Bedarfs, zur Erarbeitung von Zielen, Strategien und Handlungsempfehlungen sowie zur Bewertung der umgesetzten Maßnahmen werden entweder bereits bestehende Arbeitsgruppen und Netzwerke eingebunden oder neue gegründet. Auf ressourcenschonendes Arbeiten und die Vermeidung von Doppelstrukturen ist hier zu achten.

Die Arbeitsgruppen arbeiten in der Regel temporär, Netzwerke sind auf einen längeren Zeitraum ausgelegt.

Das Konzept der Kommunalen Gesundheitskonferenz sieht Vernetzung als zentrale Grundlage kommunaler Arbeit im Gesundheitsbereich an. Einzelinteressen sind normal und erwünscht, die Orientierung des Prozesses soll über diese einzelnen Interessen hinausgehen. In der kommunalen Gesundheitskonferenz werden verschiedene Formen von Arbeitsgruppen- und Netzwerkarbeitsformen eingebunden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppen und Netzwerke sind in der Regel Fachleute aus den betroffenen Institutionen sowie Fachleute, die sich thematisch mit den unterschiedlichen Gesundheitsthemen befassen. Je nach Thema sollen auch betroffene und interessierte Einwohnerinnen und Einwohner mitarbeiten. Auf Interdisziplinarität wird hierbei besonders Wert gelegt, um das Handlungsspektrum zu vergrößern. Dabei sollen möglichst alle Bedürfnisse der Mitglieder der Gesundheitskonferenz berücksichtigt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Arbeitsgruppen und Netzwerken sollen nicht nur aus dem Kreis der Mitglieder der Gesundheitskonferenz kommen, sondern das gesamte Spektrum an Institutionen und thematischen Zuständigkeiten sowie zusätzliches Expertenwissen zusammenführen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppen und Netzwerke haben von ihren Institutionen ein Mandat zur Mitarbeit.

Die Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz kann die Arbeitsgruppen und Netzwerke unterstützen und moderieren, sofern dies gewünscht wird.

Die in den Netzwerken und Arbeitsgruppen zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen sollen in jedem Fall enthalten:

- Abgleich von kommunalem Bedarf und kommunalem Bestand
- Smarte Ziele (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminierbar)
- Vorschläge für eine machbare Durchführung
- Regelung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
- Finanzierungsplan
- Indikatoren einer Wirkungsmessung
- Zeitrahmen.

Die erarbeiteten Strategien, Ziele und Handlungsempfehlungen werden der Steuergruppe zur Überprüfung und zur Verabschiedung vorgelegt. Anschließend werden die Handlungsempfehlungen dem Gemeinderat dargelegt.

Umsetzung der Handlungsempfehlungen

Nach der Einigung auf Strategien, Ziele und Handlungsempfehlungen in der Gesundheitskonferenz soll die Umsetzung in den einzelnen Institutionen und Lebensbereichen erfolgen (Selbstverpflichtung). Von Bedeutung ist, dass diese Maßnahmen dokumentiert und möglichst auch evaluiert werden. Die Evaluation orientiert sich an der Praxis. Entscheidend ist, ob die Zielgruppen die Maßnahmen annehmen, ob deren Umsetzung auf effektive und effi-

ziente Art und Weise geschieht und welche Wirkungen, strukturell und/oder individuell, direkt beobachtbar sind.

Es hat sich in der Vergangenheit in ähnlichen Prozessen immer wieder gezeigt, dass selbst Institutionen, die sich dieser Gesundheitsthemen und Handlungsempfehlungen annehmen wollen, große Schwierigkeiten haben, in die konkrete Umsetzung einzusteigen, weil ihnen vor allem das Know-how, das Hintergrundwissen sowie die personellen und finanziellen Ressourcen hierzu fehlen. Deswegen ist es wichtig, dass diese Institutionen Unterstützung durch Beratung oder auch zeitweilige qualitätssichernde Prozessbegleitung erhalten. Dies fördert die Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit der Beschlüsse der Gesundheitskonferenz. Hierfür kann das Sachgebiet Strategische Gesundheitsförderung des Gesundheitsamtes im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung anbieten.

Prozess- und Ergebnisevaluation

Interventionen der Gesundheitsförderung und der Prävention sind anspruchsvolle Eingriffe in komplexe soziale Systeme. Projekte und Programme der Gesundheitsförderung haben zum Ziel, Individuen und Gruppen (Gesamtbevölkerung, bestimmte Zielgruppen, Settings) zu größerem Einfluss über die Gesundheitsdeterminanten zu befähigen. Es bedarf geeigneter Methoden, um die Ergebnisse und komplexen Wirkungsweisen systematisch zu erfassen.

Als Instrumente für das Qualitätsmanagement in der Gesundheitsförderung und Prävention eignen sich gut der Public Health Action Cycle (PDCA, siehe unter Pkt. 3, Seite 7).

Diese Methode erfordert eine gründliche gemeinsame Diskussion und Reflexion aller Beteiligten. In diesem partizipativen Prozess werden die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen transparent gemacht. Er ermöglicht eine gemeinsame Bedarfsdefinition, eine von allen getragene Zielformulierung und zeigt die Bedeutung von allen Schritten, ihrer Beziehung zueinander und ihre Wechselwirkungen für die erfolgreiche Gesundheitsförderung und Prävention auf.

Zielsetzung ist es, die Gesundheitskonferenz selbst sowie die Arbeitsgruppen und Netzwerke, die im Auftrag der Gesundheitskonferenz arbeiten, nicht nur auf ihre Prozess- und Strukturqualität, sondern vor allem auf ihre Wirkungen zu evaluieren. Daraus können ggf. Zertifizierungsverfahren erfolgen.

3.2 Öffentlichkeitsarbeit

Informationen zur Gesundheitskonferenz, z. B. aus den Netzwerken und Arbeitsgruppen, sind von zentraler Bedeutung, da die Gesundheitskonferenz nur einmal im Jahr tagen wird. Die Steuerungsgruppe wird in geeigneter Weise Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

3.3 Finanzierung

Die Umsetzung der Gesundheitsstrategie im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sollen sich alle relevanten Akteure, wie z. B. das Land Baden-Württemberg, die Sozialversicherungsträger u. a. bei der Finanzierung einbringen.

Für die Erstellung von Evaluationen, Dokumentationen und Berichten sind zunächst Haushaltsmittel im Budget des Sachgebiets Strategische Gesundheitsförderung vorhanden. Die Durchführung der Gesundheitskonferenzen kann langfristig dann erfolgreich sein, wenn ausreichende Ressourcen (finanzielle wie personelle) für diesen Steuerungsprozess dauerhaft zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde soll die Umsetzung der Gesundheitskonferenzen evaluiert und bewertet werden. Die Ergebnisse werden dem SGA berichtet.

Damit konkrete Projektvorschläge aus der Gesundheitskonferenz einen Anreiz zur Umsetzung in den Institutionen vor Ort bekommen, ist eine Anschubfinanzierung wichtig. Dafür sind Fördermittel notwendig, die auf Antrag beim Gesundheitsamt bewilligt werden können. Die Höhe der Fördergelder sowie die genauen Fördermodalitäten werden hierzu noch erarbeitet.

3.4 Vernetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz mit der Landesebene

Die Gesundheitskonferenzen in Baden-Württemberg verstehen sich als wichtige Partner der Gesundheitsstrategie. Die enge Vernetzung der Gesundheitskonferenzen auf Stadt- und Landkreisebene mit der Landesebene ist deshalb notwendig. Die Stuttgarter Gesundheitskonferenz bringt sich aktiv in dieses Netzwerk mit ein, um eine qualitative Weiterentwicklung der Konferenzen zu erreichen. Die Koordination für die Gesundheitskonferenzen auf Landesebene obliegt dem Land Baden-Württemberg.

3.5 Gesundheitskonferenzen auf Stadtteilebene

Nach der Einführung der Gesundheitskonferenz in Stuttgart ist zu überprüfen, ob solche Konferenzen nicht auch stadtteilbezogen/kleinräumig umgesetzt werden können, um noch genauer auf die Bedürfnisse und Bedarfe vor Ort reagieren zu können. Die Beteiligung der Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher sowie der Bezirksbeiräte ist Voraussetzung. Zuvor ist eine Analyse notwendig, inwieweit eine Kooperation mit bereits bestehenden Stadtteilprojekten, z. B. im Rahmen der Sozialen Stadt, möglich und sinnvoll ist.

4 Quellenangaben, Literaturhinweise

- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA, Leitbegriffe der Gesundheitsförderung:
<http://www.bzga.de/leitbegriffe/>
- Gesundheitsamt Düsseldorf (Hrsg.) (2000):
Geschäftsordnung der Düsseldorfer Gesundheitskonferenz
- GKV Spitzenverband (Hrsg.) (2010):
Leitfaden Prävention, Handlungsfelder und Kriterien des GKV-Spitzenverbandes zur Umsetzung von §§ 20 und 20a SGB V vom 21.06.2000 in der Fassung vom 27.08.2010
- Landesgesundheitsamt Baden Württemberg (Hrsg.) (2004):
10 Jahre Gesundheitsdienstgesetz Baden Württemberg
- Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Iögd) NRW (Hrsg.) (2001):
Handbuch: Ortsnahe Koordinierung, Planungs- und Arbeitshilfen
- Landratsamt Reutlingen; Kreisgesundheitsamt (Hrsg.) (2010):
Der gesunde Landkreis Reutlingen
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2010):
Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg. Handbuch zur kommunalen Gesundheitsförderung.
- Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (Hrsg.) (2009):
Präventionsbericht 2009, Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen: Primärprävention und betriebliche Gesundheitsförderung (2008)
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden Württemberg (Hrsg.) (2009):
Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg, http://www.sozialministerium-bw.de/de/Gesundheitsstrategie_Baden-Wuerttemberg/259215.html?referer=82182
- Winkler, Frank, „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“ in:
Ersatzkassen-Report Baden-Württemberg, Ausgabe Juni 2010, Berlin, S. 231ff.

Anhang

Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung

Die erste Internationale Konferenz zur Gesundheitsförderung hat am 21. November 1986 in Ottawa die folgende Charta verabschiedet. Sie ruft damit auf zu aktivem Handeln für das Ziel „Gesundheit für alle“ bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.

Die Konferenz verstand sich in erster Linie als eine Antwort auf die wachsenden Erwartungen an eine neue öffentliche Gesundheitsbewegung. Die Diskussion befasste sich vorrangig mit Erfordernissen in Industrieländern, es wurden aber auch Probleme aller anderen Regionen erörtert. Ausgangspunkt waren die auf der Grundlage der Deklaration von Alma-Ata über gesundheitliche Grundbetreuung erzielten Fortschritte, das WHO-Dokument „Gesundheit für alle“ sowie die während der letzten Weltgesundheitsversammlung geführte Diskussion zum intersektoriellen Zusammenwirken für die Gesundheit.

Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Um ein umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, ist es notwendig, dass sowohl Einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. In diesem Sinne ist die Gesundheit als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen und nicht als vorrangiges Lebensziel. Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit betont wie die körperlichen Fähigkeiten. Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt deshalb nicht nur bei dem Gesundheitssektor sondern bei allen Politikbereichen und zielt über die Entwicklung gesünderer Lebensweisen hinaus auf die Förderung von umfassendem Wohlbefinden hin.

Voraussetzungen für die Gesundheit

Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Jede Verbesserung des Gesundheitszustandes ist zwangsläufig fest an diese Grundvoraussetzungen gebunden.

Interessen vertreten

Ein guter Gesundheitszustand ist eine wesentliche Bedingung für soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung und entscheidender Bestandteil der Lebensqualität. Politische, ökonomische, soziale, kulturelle, biologische sowie Umwelt und Verhaltensfaktoren können alle entweder der Gesundheit zuträglich sein oder auch sie schädigen.

Gesundheitsförderndes Handeln zielt darauf ab, durch aktives anwaltschaftliches Eintreten diese Faktoren positiv zu beeinflussen und der Gesundheit zuträglich zu machen.

Befähigen und ermöglichen

Gesundheitsförderung ist auf Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit gerichtet. Gesundheitsförderndes Handeln bemüht sich darum, bestehende soziale Unterschiede des Gesundheitszustandes zu verringern sowie gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen zu

schaffen, damit alle Menschen befähigt werden, ihr größtmöglichstes Gesundheitspotential zu verwirklichen. Dies umfasst sowohl Geborgenheit und Verwurzelung in einer unterstützenden sozialen Umwelt, den Zugang zu allen wesentlichen Informationen, die Entfaltung von praktischen Fertigkeiten, als auch die Möglichkeit, selber Entscheidungen in Bezug auf ihre persönliche Gesundheit treffen zu können. Menschen können ihr Gesundheitspotential nur dann weitestgehend entfalten, wenn sie auf die Faktoren, die ihre Gesundheit beeinflussen, auch Einfluss nehmen können. Dies gilt für Frauen ebenso wie für Männer.

Vermitteln und vernetzen

Der Gesundheitssektor allein ist nicht in der Lage, die Voraussetzungen und guten Perspektiven für die Gesundheit zu garantieren. Gesundheitsförderung verlangt vielmehr ein koordiniertes Zusammenwirken unter Beteiligung der Verantwortlichen in Regierungen, im Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokalen Institutionen, in der Industrie und den Medien. Menschen in allen Lebensbereichen sind daran zu beteiligen als einzelne, als Familien und Gemeinschaften. Die Berufsgruppen und sozialen Gruppierungen sowie die Mitarbeiter des Gesundheitswesens tragen große Verantwortung für eine gesundheitsorientierte Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft. Die Programme und Strategien zur Gesundheitsförderung sollten den örtlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Länder und Regionen angepasst sein und die unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme sowie die kulturellen Gegebenheiten berücksichtigen.

Aktives, gesundheitsförderndes Handeln erfordert: Eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik entwickeln

Gesundheitsförderung beinhaltet weit mehr als medizinische und soziale Versorgung. Gesundheit muss auf allen Ebenen und in allen Politiksektoren auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Politikern müssen dabei die gesundheitlichen Konsequenzen ihrer Entscheidungen und ihre Verantwortung für Gesundheitsförderung verdeutlicht werden. Dazu wendet eine Politik der Gesundheitsförderung verschiedene, sich gegenseitig ergänzende Ansätze an, u. a. Gesetzesinitiativen, steuerliche Maßnahmen und organisatorisch strukturelle Veränderungen. Nur koordiniertes, verbündetes Handeln kann zu einer größeren Chancengleichheit im Bereich der Gesundheits-, Einkommens- und Sozialpolitik führen. Ein solches gemeinsames Handeln führt dazu, ungefährlichere Produkte, gesündere Konsumgüter und gesundheitsförderlichere soziale Dienste zu entwickeln sowie sauberere und erholsamere Umgebungen zu schaffen.

Eine Politik der Gesundheitsförderung muss Hindernisse identifizieren, die einer gesundheitsgerechteren Gestaltung politischer Entscheidungen und Programme entgegenstehen. Sie muss Möglichkeiten einer Überwindung dieser Hemmnisse und Interessensgegensätze bereitstellen. Ziel muss es sein, auch politischen Entscheidungsträgern die gesundheitsgerechtere Entscheidung zur leichteren Entscheidung zu machen.

Gesundheitsförderliche Lebenswelten schaffen

Unsere Gesellschaften sind durch Komplexität und enge Verknüpfung geprägt; Gesundheit kann nicht von anderen Zielen getrennt werden. Die enge Bindung zwischen Mensch und Umwelt bildet die Grundlage für einen sozial-ökologischen Weg zur Gesundheit. Oberstes Leitprinzip für die Welt, die Länder, Regionen und Gemeinschaften ist das Bedürfnis, die gegenseitige Unterstützung zu fördern – sich um den anderen, um unsere Gemeinschaften

und unsere natürliche Umwelt zu sorgen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Erhaltung der natürlichen Ressourcen als globale Aufgabe.

Die sich verändernden Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen haben entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft die Arbeit, die Arbeitsbedingungen und die Freizeit organisiert, sollte eine Quelle der Gesundheit und nicht der Krankheit sein. Gesundheitsförderung schafft sichere, anregende, befriedigende und angenehme Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine systematische Erfassung der gesundheitlichen Folgen unserer sich rasch wandelnden Umwelt – insbesondere in den Bereichen Technologie, Arbeitswelt, Energieproduktion und Stadtentwicklung – ist von essentieller Bedeutung und erfordert aktives Handeln zugunsten der Sicherstellung eines positiven Einflusses auf die Gesundheit der Öffentlichkeit. Jede Strategie zur Gesundheitsförderung muss den Schutz der natürlichen und der sozialen Umwelt sowie die Erhaltung der vorhandenen natürlichen Ressourcen mit zu Ihrem Thema machen.

Gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen

Gesundheitsförderung wird realisiert im Rahmen konkreter und wirksamer Aktivitäten von Bürgern in ihrer Gemeinde: in der Erarbeitung von Prioritäten, der Herbeiführung von Entscheidungen sowie bei der Planung und Umsetzung von Strategien. Die Unterstützung von Nachbarschaften und Gemeinden im Sinne einer vermehrten Selbstbestimmung ist ein zentraler Angelpunkt der Gesundheitsförderung; ihre Autonomie und Kontrolle über die eigenen Gesundheitsbelange ist zu stärken.

Die Stärkung von Nachbarschaften und Gemeinden baut auf den vorhandenen menschlichen und materiellen Möglichkeiten der größeren öffentlichen Teilnahme und Mitbestimmung auf. Selbsthilfe und soziale Unterstützung sowie flexible Möglichkeiten der größeren öffentlichen Teilnahme und Mitbestimmung für Gesundheitsbelange sind dabei zu unterstützen bzw. neu zu entwickeln. Kontinuierlicher Zugang zu allen Informationen, die Schaffung von gesundheitsorientierten Lernmöglichkeiten sowie angemessene finanzielle Unterstützung gemeinschaftlicher Initiativen sind dazu notwendige Voraussetzungen.

Persönliche Kompetenzen entwickeln

Gesundheitsförderung unterstützt die Entwicklung von Persönlichkeit und sozialen Fähigkeiten durch Information, gesundheitsbezogene Bildung sowie die Verbesserung sozialer Kompetenzen und lebenspraktischer Fertigkeiten. Sie will dadurch den Menschen helfen, mehr Einfluss auf ihre eigene Gesundheit und ihre Lebenswelt auszuüben, und will ihnen zugleich ermöglichen, Veränderungen in ihrem Lebensalltag zu treffen, die ihrer Gesundheit zu gute kommen.

Es gilt dabei, Menschen zu lebenslangem Lernen zu befähigen, und ihnen zu helfen, mit den verschiedenen Phasen ihres Lebens sowie eventuellen chronischen Erkrankungen und Behinderungen umgehen zu können. Dieser Lernprozess muss sowohl in Schulen wie auch zu Hause, am Arbeitsplatz und innerhalb der Gemeinde erleichtert werden.

Erziehungsverbände, die öffentlichen Körperschaften, Wirtschaftsgremien und gemeinnützige Organisationen sind hier ebenso zum Handeln aufgerufen wie die Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen selbst.

Die Gesundheitsdienste neu orientieren

Die Verantwortung für die Gesundheitsförderung wird in den Gesundheitsdiensten von Einzelpersonen, Gruppen, den Ärzten und anderen Mitarbeitern des Gesundheitswesens, den Gesundheitseinrichtungen und dem Staat geteilt. Sie müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, ein Versorgungssystem zu entwickeln, das auf die stärkere Förderung von

Gesundheit ausgerichtet ist und weit über die medizinisch-kurativen Betreuungsleistungen hinausgeht.

Die Gesundheitsdienste müssen dabei eine Haltung einnehmen, die feinfühlig und respektvoll die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse anerkennt. Sie sollten dabei die Wünsche von Individuen und sozialen Gruppen nach einem gesünderen Leben aufgreifen und unterstützen sowie Möglichkeiten der besseren Koordination zwischen dem Gesundheitssektor und anderen sozialen, politischen, ökonomischen Kräften eröffnen.

Eine solche Neuorientierung von Gesundheitsdiensten erfordert zugleich eine stärkere Aufmerksamkeit für gesundheitsbezogene Forschung wie auch für die notwendigen Veränderungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Ziel dieser Bemühungen soll ein Wandel der Einstellungen und der Organisationsformen sein, die eine Orientierung auf die Bedürfnisse des Menschen als ganzheitliche Persönlichkeit ermöglichen.

Auf dem Weg in die Zukunft

Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: Dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.

Füreinander Sorge zu tragen, Ganzheitlichkeit und ökologisches Denken sind Kernelemente bei der Entwicklung von Strategien zur Gesundheitsförderung. Alle Beteiligten sollten als ein Leitprinzip anerkennen, dass in jeder Phase der Planung, Umsetzung und Auswertung von gesundheitsfördernden Handlungen Frauen und Männer gleichberechtigte Partner sind.

Gemeinsame Verpflichtung zur Gesundheitsförderung Die Teilnehmer der Konferenz rufen dazu auf:

An einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik mitzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass ein eindeutiges politisches Engagement für Gesundheit und Chancengleichheit in allen Bereichen zustande kommt;

allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die auf die Herstellung gesundheitsgefährdender Produkte, auf die Erschöpfung von Ressourcen, auf ungesunde Umwelt- und Lebensbedingungen oder eine ungesunde Ernährung gerichtet sind. Es gilt dabei, Fragen des öffentlichen Gesundheitsschutzes wie Luftverschmutzung, Gefährdungen am Arbeitsplatz, Wohn- und Raumplanung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stellen;

die gesundheitlichen Unterschiede innerhalb der Gesellschaften und zwischen ihnen abzubauen und die von den Vorschriften und Gepflogenheiten dieser Gesellschaften geschaffenen Ungleichheiten im Gesundheitszustand zu bekämpfen;

die Menschen selber als die Träger ihrer Gesundheit anzuerkennen und sie zu unterstützen und auch finanziell zu befähigen, sich selbst, ihre Familien und Freunde gesund zu erhalten. Soziale Organisationen und die Gemeinde sind dabei als entscheidende Partner im Hinblick auf Gesundheit, Lebensbedingungen und Wohlbefinden zu akzeptieren und zu unterstützen;

die Gesundheitsdienste und ihre Mittel auf die Gesundheitsförderung hin umzuorientieren und auf das Zusammenwirken der Gesundheitsdienste mit anderen Sektoren, anderen Disziplinen und, was noch viel wichtiger ist, mit der Bevölkerung selbst hinzuwirken;

die Gesundheit und ihre Erhaltung als eine wichtige gesellschaftliche Investition und Herausforderung zu betrachten und die globale ökologische Frage unserer Lebensweisen aufzuwerfen.

Die Konferenzteilnehmer rufen auf, sich in diesem Sinne zu einer starken Allianz zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zusammenzuschließen. Aufruf zu internationalem Handeln. Die Konferenz ersucht die Weltgesundheitsorganisation und alle anderen internationalen Organisationen, für die Förderung von Gesundheit Partei zu ergreifen und ihre einzelnen Mitgliedsländer dabei zu unterstützen, Strategien und Programme für die Gesundheitsförderung zu entwickeln.

Die Konferenz ist der festen Überzeugung, dass dann, wenn Menschen in allen Bereichen des Alltages, wenn soziale Verbände und Organisationen, wenn Regierungen, die Weltgesundheitsorganisation und alle anderen betroffenen Gruppen ihre Kräfte entsprechend den moralischen und sozialen Werten dieser Charta vereinigen und Strategien der Gesundheitsförderung entwickeln, dass dann „Gesundheit für alle“ im Jahre 2000 Wirklichkeit werden wird.

WHO-autorisierte Übersetzung: Hildebrandt/Kickbusch

[© 2010 Weltgesundheitsorganisation](#)

Letzte Änderung 01. April 2006 |